



Piratenpartei Deutschland
Landesverband Brandenburg

Protokoll des
Landesparteitags 2016.3
am 19.11.2016
in Fürstenwalde

Protokoll Landesparteitag Landesverband Brandenburg

Datum: 19.11.2016

Ort: Hotel Kaiserhof, Am Kaiserhof 1 in 15517 Fürstenwalde

Pad: <https://lpt-bb.piratenpad.de/lptbb163>

TOP 01 Eröffnung und Begrüßung durch den Vorstand

Eröffnung durch Thomas Bennühr um 12:17

Thomas berichtet zum Zustand des LV.

Kristos richtet ein Grußwort an die Versammlung. Die PIRATEN sollen sich zusammen reissen und nicht intern streiten, inhaltlich sind wir gut aufgestellt. Die Kommunikation nach aussen muss klarer werden und die Bürger wirklich einbeziehen.

TOP 02 Formalien

Wahl der Versammlungsleitung (Tagungspräsidium)

Versammlungsleiter

Vorschläge: Thomas Gaul, Kristos, Raoul, Kai

Zahl der Akkreditierten: 26

Kandidaten: Thomas Gaul, Kristos

Abstimmung: 18 für Kristos,

stellv. Versammlungsleiter

Kandidaten: Thomas Langen

Abstimmung: Mehrheitlich angenommen

Wahl der Protokollführung (mind. 2 Personen)

Kandidaten: Guido

Abstimmung: Mehrheitlich angenommen

Kandidaten 2.: Raoul

Abstimmung: Mehrheitlich angenommen

Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung

-->Homepage KV/Wiki, Mailingliste, E-Mail, Presse

Es wurde über die üblichen Kanäle fristgerecht eingeladen

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Laut §12 Abs. 2 Landessatzung: 10% der Stimmberechtigten min. 8

Akkreditierung:

- a) Anzahl der Mitglieder: 660
 - b) Davon stimmberechtigt: 80
- anwesende Stimmberechtigte: 28 = Stimmkarten

Beschlußfähig: ja

Übernahme der vorläufigen Akkreditierung als Akkreditierung?

Einmütig beschlossen

Frage: Ist jemand zu Unrecht nicht akkreditiert worden?

Kein Einwand

Beschluss über die Zulassung von Gästen

Einmütig angenommen

Begrüßung der Mitglieder aus Sachsen

Beschluss über die Zulassung von Audio-, Bild- und Videoaufnahmen

Mit einer Gegenstimme angenommen

Beschluss der Tagesordnung

Wird verschoben da Beamer noch nicht einsatzbereit, findet nach Wahl der Wahlhelfer und Abstimmung der GO statt.

Wahl der Wahlleitung und der (2) Wahlhelfer (nötig, da eine Organwahl ansteht)

Wahlleiter

Kandidaten: Raymond Heydt

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

stellv. Wahlleiter

Kandidaten: Ronny Friedrich

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

Wahlhelfer:

Kandidaten: Andreas Schramm

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

Kandidaten: Thomas Bennühr

Ergebnis: mehrheitlich angenommen

Beschluss der Geschäftsordnung

Vorschlag GO mit Stand aus Teltow:

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2015.1/GO>

Einmütig angenommen. (Wurde nach der Wahlleitung abgestimmt, daher abweichend von TO)

Beschluss der Tagesordnung

Änderungen der vorläufigen Tagesordnung werden von Thomas Bennühr vorgestellt. Diese Fassung wird mehrheitlich angenommen.

Antrag: Satzungsänderungsanträge vor TOP 4 behandeln. 12 dafür, 8 dagegen

Jetzt 29 Akkreditierte

TOP 03 Wahl der Ersatzschiedsrichter für das Landesschiedsgericht

Anm.: Geheime Wahl, Lt. Satzung: Betrifft die Nachwahl nur einen Teil eines Organs, so wird die Amtszeit des Gesamtorgans nicht verlängert. Die Amtszeit begann am 25.06.2016.

Zwei Ersatzschiedsrichter laut Satzung. Es ist zu besetzen:

2. Ersatzrichter:

Wahlleiter übernimmt.

Kandidaten: Myriam Kalipke

Frage: Was motiviert Dich dazu?

Antwort: Ich wurde gerade gefragt!

Geheime Abstimmung

Wahlleiter erklärt das Procedere

Ausgezähltes Ergebnis:

Ja: 25

Nein: 2

Enth. 3

VL übernimmt

Eine Stimme zu viel, nur 29 Akkreditierte

GO Antrag auf Wiederholung der Wahl. Wird vom VL entschieden: Die Wahl wird wiederholt.

Wahlleiter übernimmt.

Wahlleiter erklärt das Procedere. Der Zettel zur Prüfung der Stimmabgabe wird jetzt abgezeichnet.

Ausgezähltes Ergebnis:
26 gültige Stimmen, eine ungültige
Ja: 21
Nein: 2
Enth. 3

Damit ist Myriam gewählt.

TOP 08 Satzungsänderungsanträge (durch Beschluss vorgezogen)

3 Anträge liegen vor, alle drei sind fristgerecht eingereicht

SÄA 001 Einladung zu Parteitag

Bastian stellt seinen Antrag vor

Antragsteller Bastian, eingereicht 11.10.2016

Antragstitel

Einladung zu Parteitag

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 9 Absatz 3 der Landessatzung wird wie folgt geändert:

(3) 1 Die Einladung erfolgt in Textform oder durch Veröffentlichung auf der Website <http://www.piratenbrandenburg.de>. 2 Sofern die Einladung weder in Textform noch auf der Website rechtzeitig erfolgen kann, erfolgt die Einladung durch den Bundesanzeiger. 3 Verzichtet das Mitglied grundsätzlich auf eine Einladung in Textform, so bedarf es einer solchen nicht.

Antragsbegründung

Die Arbeits- und Kostenaufwand Mitglieder, die keine funktionierende E-Mail-Adresse besitzen, per Post einzuladen kann eingespart werden. In der Bundessatzung ist die mittlerweile auch so geregelt.

Alte Fassung: (3) 1 Die Einladung erfolgt durch Veröffentlichung auf der offiziellen Webseite des Landesverbandes, sowie durch Brief und/oder durch E-Mail an die Mitglieder. 2 Verzichtet das Mitglied grundsätzlich oder jeweils nach Empfang der Einladung per E-Mail auf eine schriftliche Einladung, so bedarf es einer solchen nicht.

Diskussion:

Frage: Welche anderen Parteien haben auch eine Regelung der Veröffentlichung über den Bundesanzeiger und was machen wir, wenn der Bundesanzeiger nicht mehr erscheinen sollte?

Antwort: Diverse Vereine handhaben das so.

Frage: Wer ist dazu befugt solche Veröffentlichungen im Bundesanzeiger zu machen?

Antwort: Berechtigung wird vom Bundesanzeiger überprüft, ggf. über Bundeswahlleiter.

Frage: Was kostet eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger und wie funktioniert die Legitimation?

Antwort: Diese Regelung ist für den absoluten Notfall als letzte Möglichkeit vorgesehen.

Frage: Was ist wenn der Bundesanzeiger wegen Wartung nicht erreichbar ist?

Antwort: Das ist kaum langfristig zu erwarten.

Abstimmung zur Schließung der Rednerliste. Angenommen.

Äusserung dazu: Bundesanzeiger ist relativ unzuverlässig als Website

Stimmen aus der Versammlung: Bundesanzeiger ist Print.

Aktuell 28 Akkreditierte

Abstimmung: öffentlich

Ja: 18

Nein: 7

Enth: 3

Der Antrag ist angenommen

SÄA 002 Verlängerung der Amtszeiten des Landesvorstandes

Bastian stellt seinen Antrag vor

Antragsteller: Bastian (zwei kokurrierende Varianten!!!)

Antragseingang: 11.10.2016

Antragstitel

Verlängerung der Amtszeiten des Landesvorstandes

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Variante 1:

Der § 16 Absätze 2 und 3 der Landessatzung werden wie folgt geändert:

(2) 1Der Landesvorstand wird vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes für die Dauer von zwei Jahren gewählt. 2Seine ordentliche Neuwahl findet innerhalb des 23. oder 24. Monats nach Beginn seiner Amtszeit statt. 3Die Amtszeit wird durch Nachwahl oder Neuwahl nicht verlängert. 4Der Landesvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Landesvorstandes im Amt.

(3) 1Die Bestimmungen des Absatzes 2 gelten entsprechend für das Landesschiedsgericht. 2Im Falle einer außerordentlichen Neuwahl des Landesvorstandes soll die Amtszeit der Richter des Schiedsgerichtes nicht verkürzt werden; sofern die Bundesschiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung dies ermöglicht, bleiben sie bis zum darauffolgenden Landesparteitag im Amt.

Variante 2:

Der § 16 Absätze 2 und 3 der Landessatzung werden wie folgt geändert:

(2) 1Der Landesvorstand wird vorbehaltlich der nachfolgenden Sätze für die Dauer von zwei Jahren gewählt. 2Die ordentliche Neuwahl des Teils der so gewählten Vorstandsmitglieder findet innerhalb des 23. oder 24. Monats nach Beginn ihrer Amtszeit statt. 3Einmalig wird nach Inkrafttreten dieser Satzungsregel die Amtszeit der Posten des 2. Vorsitzenden sowie des 1., 3., 5., etc. Besitzers - bestimmbar nach der ihrem Wahlergebnisses - bereits nach einem Jahr neu gewählt, so dass bei folgenden ordentlichen Neuwahlen jeweils nur annähernd die Hälfte der Vorstandsposten neu besetzt werden. 4Jedes Mitglied des Landesvorstandes bleibt bis zur Neuwahl des entsprechenden Postens im Amt. 5Die Amtszeit wird durch Nachwahl oder Neuwahl nicht verlängert. 6Die Regelungen zum § 18 (Handlungsunfähigkeit) bleiben davon unberührt.

(3) 1Das Landesschiedsgericht wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. 2Im Falle einer außerordentlichen Neuwahl des Landesvorstandes soll die Amtszeit der Richter des Schiedsgerichtes nicht verkürzt werden; sofern die Bundesschiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung dies ermöglicht, bleiben sie bis zum darauffolgenden Landesparteitag im Amt.

Der § 16 Landessatzung erhält folgenden Absatz 5:

Werden Beisitzer mit der gleichen Anzahl an Ja-Stimmen gewählt, findet eine Stichwahl zur Feststellung der Reihenfolge im Sinne des § 16 Absatz 2 statt. Ergibt die Stichwahl keine Reihung, entscheidet das Los.

Erläuterung: Variante 1 und 2 sind konkurrierende Alternativen.

Antragsbegründung

Variante 1 ist die einfache Verlängerung der Amtszeit ab der nächsten ordentlichen Vorstandswahl. Eine Verlängerung der laufenden Amtszeit wird nicht beschlossen.

Variante 2 ist das Modell einer Vorstandsrotation und hätte den Charme, dass trotz Neuwahl ein Mindestmaß an Kontinuität erhalten bleibt. Die Einarbeitungszeit für einen neuen Vorstand ist definitiv zu lang.

Alte Fassung:

(2) 1Der Landesvorstand wird vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes für die Dauer eines Jahres gewählt. 2Seine ordentliche Neuwahl findet innerhalb des 11. oder 12. Monats nach Beginn seiner Amtszeit statt. 3Der Landesvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Landesvorstandes im Amt. (3) 1Die Bestimmungen des Absatzes 2 gelten entsprechend für das Landesschiedsgericht. 2Im Falle einer außerordentlichen Neuwahl des Landesvorstandes soll die Amtszeit der Richter des Schiedsgerichtes nicht verkürzt werden; sofern die Bundesschiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung dies ermöglicht, bleiben sie bis zum darauffolgenden Landesparteitag im Amt.

Diskussion:

Fürsprache für Variante 2

Fürsprache für Variante 1, Begründung: Variante 2 ist problematisch wegen Vorbehalten gegen Zusammenarbeit mit einzelnen Leuten.

Frage: Wie wird mit der Situation umgegangen, wenn Personen zurück treten?

Antwort: Nachwahlen erfolgen bei Bedarf

Anmerkung: Fraglich ob der Vorstand wirklich zwei Jahre durchhält

Frage: Wird Vorstand vor der Bundestagswahl gewählt?

Antwort: Nein, ist bereits geregelt.

Anmerkung: Wenn Problem mit Kombination von Leuten weiter besteht, haben wir eh ein grundlegendes Problem.

Frage: Wie wird bei der Variante 2 die Größe des Vorstands geändert? Zahl der Beisitzer kann variieren.

Antwort: Das kann der Wahlparteitag bestimmen, ggf. fallen dann Posten weg.

Antrag auf Schließen der Rednerliste, wird angenommen.

Frage: Wie funktioniert der Übergang vom jetzigen Vorstand?

Anmerkung: Variante 1 wird unterstützt, Problem mit Besetzung des Vorstands sollte vorbei sein.

Anmerkung: Variante 1 wird unterstützt, Variante 2 wird als zu komplex angesehen.

Anmerkung: Piratenpartei sollte aus den Anfängen raus sein, alle ANträge die Regeln vereinfachen sind zu begrüßen. Variante 1 wird unterstützt, Variante 2 ist zu kompliziert.

Frage: Was passiert mit Beisitzern bei Variante 2 wenn der Vorstand verkleinert wird?

Antwort: Übergang zu Variante 2 passiert durch Wahl der Hälfte des Vorstands auf ein Jahr. Bei Wegfall von Posten fallen diese einfach weg.

GO Antrag: Variante 2 vor Variante 1 abstimmen. Antrag so nicht möglich.

Abstimmung erfolgt erst für beide Varianten gegeneinander, Var 1 blau, Var 2 blau

Var 1: 18

Var 2: 7

Es wird Variante 1 abgestimmt, 25 dafür, keine Gegenstimmen, drei enthalten, einmütig angenommen.

Jetzt 27 Akkreditierte

SÄA 003 Klarstellung für Änderungsanträge

Bastian stellt seinen Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichung: 11.10.2016

Antragstitel

Klarstellung für Änderungsanträge

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 15 Absatz 5 der Landessatzung wird wie folgt geändert:

(5) 1Durch Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, Sonstige Anträge sowie Sachanträge auf dem Landesparteitag können keine Satzungs- oder Programmänderungen neu eingebracht werden.

2Jeder Antrag kann auf dem Parteitag vor der Abstimmung durch einen der Antragsteller oder dessen/deren Bevollmächtigten geändert werden.

3Geändert werden können einzelne Wörter und Formulierungen, Textpassagen können gestrichen oder ergänzt werden. Dabei darf die grundsätzliche Intention des Antrags nicht verändert werden.

4Der so geänderte Antrag muss der Sitzungsleitung schriftlich vorliegen und mindestens 60 Minuten vor der Abstimmung erneut vorgestellt werden. 5Änderungen sind hervorzuheben.

6Der Parteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob er über den ursprünglichen oder den geänderten Antrag Abstimmen möchte.

Antragsbegründung

Auch andere Landesverbände haben die Möglichkeit, auf einem LPT Anträge zu verbessern. Der Bundesverband hat diese Regelung ebenfalls neu in seiner Satzung.

Die bisherige Regelung lag allein in der Auslegungsbefugnis des Versammlungsleiters.

Misverständliche Worte können durch den Landesparteitag korrigiert werden, um einen Antrag eindeutiger und besser zu machen, so dass er eine Zustimmung auf dem Landesparteitag findet

Alte Fassung:

(5) 1Durch Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, Sonstige Anträge sowie Sachanträge auf dem Landesparteitag können keine Satzungs- oder Programmänderungen neu eingebracht werden.

2Sinnerhaltende oder redaktionelle Anpassungen fristgemäß eingereichter Satzungs- oder Programmänderungsanträge sind zulässig.

Diskussion

Frage: Was ist mit Änderungen die aus der aktuellen Diskussion auf dem Parteitag entstehen?
Antwort: Diese können mit der 60 min. Frist eingearbeitet werden.

Anmerkung: Das hat das Potenzial die Parteitage massiv aufzublähen.

Anmerkung: Das sollte dazu führen, dass Anträge vor den Parteitagen besser diskutiert werden.

Schlussrede: Bisher hängt die Möglichkeit zur Änderung von Anträgen vom Versammlungsleiter ab. Diese Satzungsänderung würde das ordentlich formalisieren.

Abstimmung: öffentlich

Ja: 18

Nein: 2

Enth: 5

Der Antrag ist angenommen

Pause, Fortsetzung um 14:35

Fortsetzung um 14:37

TOP 04 Aussprache und Diskussion über das Wahlergebnis in Berlin und die Folgen für Brandenburg im Hinblick auf die anstehenden Wahlen

Kristos: Da keine Studien vorliegen Diskussion mehr auf subjektivem Level. Von persönlichen Angriffen ist auf jeden Fall abzusehen, der LV Berlin ist auch nicht vertreten um sich ggf. erklären zu können.

ThomasB: Wichtig ist zu verstehen, was im Wahlkampf funktioniert hat und was nicht.

ThomasL: Zwei Landratswahlen in Brandenburg waren im Ergebnis ähnlich wie in Berlin. Themen müssen differenziert sein, klare Standorte sind nötig.

Kai: Analyse schwierig, die Wahlkämpfe waren deutlich unterschiedlich. Problematisch, dass zu sehr auf die Wahlen fokussiert wird und nicht darauf, was wir ändern wollen. Inhalte müssen nach vorne gestellt werden.

Harry: Wahlkampf in Berlin nicht vergleichbar mit dem was Brandenburg machen wird und machen muss. Klare Ausrichtung auf einfache Forderungen.

Thomas Göde: Anspruch des Andersseins war wichtig und ist angekommen. Wahlkampf muss mit Emotionen geführt werden, die Menschen müssen im Vordergrund stehen.

Raimond: Schockierend war in Berlin, dass zwei bekennende Neo-Nazis Direktmandate geholt haben. Demokratie scheint momentan ziemlich fragil zu sein. Glaubwürdigkeit muss zurück gewonnen werden. Unsere Programmatik ist deutliches Unterscheidungsmerkmal, kommt aber momentan nicht zum Wähler rüber. Kleine Themen haben im Wahlkampf teilweise große Auf-

merksamkeit.

Steffen: Wir haben uns zu lange um interne Fragen gedreht, die eigentlich schon geklärt sind. Personell sind wir zu dünn aufgestellt, Beschaffung von Informationen ist entsprechend ziemlich schwer. Wieder mehr Aktivitäten in der Richtung z.B. Workshops zu Themen wie Datensicherheit veranstalten. Situation in Brandenburg deutlich anders als in Berlin, Analyse von unserer Position aus schwierig.

Andreas: Erfahrung von den Infoständen war, dass viele Bedenken wegen der 5% Hürde vorhanden waren. Klare Identifikation des Hauptthemas ist schwierig.

ThomasL: AfD ist der Feind. Gegner sind FDP, Grüne, die die in ähnlichem Wählerspektrum unterwegs sind.

Axel: AfD als Feind zu bezeichnen ist falsch. Nichtwähler wurden von AfD aktiviert. Wahlkreise besetzen ist wichtig um die Stimmen zu sammeln. Gute Presse ist wichtig, lokale Präsenz nötig.

GO Antrag auf Schließung der Rednerliste, abgelehnt.

Katha: Bonus bei den Wählern war die Aufbruchsstimmung die gezeigt wurde. Es fehlten die Möglichkeiten an die ersten Erfolge anzuknüpfen. Erfahrungen fehlten, diese werden jetzt in den Vertretungen gesammelt. Erwartungen an uns waren groß, die Umsetzung aber nicht durchsetzbar. Die Öffentlichkeit wartet auf Lösungen für die bestehenden Probleme. Es wurde versäumt Verantwortung zu übernehmen, persönlich wie in der Gruppe. Rolle von einzelnen Personen oder kleinen Gruppen für die gesellschaftliche Entwicklung wurde unterschätzt. Schlussfolgerungen: Piraten sollen wählbar werden, Grundsatz- und Wahlprogramme müssen lesbarer werden, Punkte in Programmen sollen einlösbar sein, Politiker sollten daran gemessen werden, ob sie ihre Versprechen einlösen. Konsequenz: Katha wird für die Bundestagswahlen kandidieren.

Bastian: Formalfoo haben wir weil Leute auf Regeln bestehen. Attraktivität war unter anderem durch Offenheit und leichte Zugänglichkeit, u.a. online.

Frank E: Wählbarkeit ist wichtig, Zerstrittenheit ist dabei ein Problem, da dies auch beim Wähler ankommt. Das müssen wir hinter uns lassen. Klare Aussagen sind nötig und sie müssen Bedürfnisse der Wähler ansprechen.

Thomas Göde: Die anderen Parteien haben das Vertrauen bei der Bevölkerung verspielt, daher kommt auch das negative Urteil gegen die AfD nicht an.

Simon: AfD ist eine Partei voller Rassisten und mit Politik gegen jeden der nicht privilegiert ist. AfD sammelt das Potenzial der Nichtwähler durch emotionalen Wahlkampf, aber durch negative Emotionen. Unser Problem ist, dass wir viele unterschiedliche Vorstellungen haben, die Gemeinsamkeit war das "wir machen das mal anders". Die AfD reitet jetzt die Welle des "anders machen".

Thomas B: Viele positive Beiträge, wir müssen das jetzt für die Arbeit benutzen. Wir brauchen jetzt Leute, die in die Themen rein gehen.

Guido: Kernthema der Piraten ist der Mensch, individuelle Freiheit, funktionierende Gemeinschaft, eine menschliche Politik.

Kristos: Bedankt sich für die sachliche Diskussion

Pause zum Essen, 30 min.
16:15 gehts weiter

TOP 05 Diskussion über...

Thomas B stellt die Beauftragungen vor.

Thomas L: Beauftragung Verkehrskonzept und

Raimond: Beauftragung schwierig wenn keine Struktur dahinter. Frage der Glaubwürdigkeit ob unsere kleine Partei Dinge umsetzen kann, überlegen ob mit anderen Kräften zusammen zu arbeiten.

Katha: Nicht den Themen hinterher laufen. Priorisierung falsch, zu fokussiert auf Einzelaspekte. Digitaler Wandel ist ein zentrales Thema das von niemand anderem aufgegriffen wird.

Bastian: Diskurs ist wichtig. Konzentration auf einen Themenbeauftragten ist falsch, es muss in breiter Front diskutiert werden.

Thomas B: Themenbeauftragung um Arbeit anzuregen.

Meinungsbild sieht leicht positiv aus.

Simon: Politik von Fachleuten machen zu lassen ist sinnvoll. Kontinuierliche Befassung mit Themen ist notwendig, nicht nur bei Parteitag. Durch Beauftragung in einem Thema sollte anderen nicht die Beschäftigung mit diesem Thema eingeschränkt werden.

Harry: Themenbeauftragungen haben nicht gut funktioniert. Aufgabe wäre Menschen zusammen zu bringen. Vernetztes Arbeiten wäre zu fördern.

GeKa: Ruft zur Mitarbeit auf.

Frank E: Aussenwirkung ist ein wichtiges Thema, dazu können Themenbeauftragte sinnvoll sein.

Steffen: AGs sind wegen Formalfoo eingeschlafen. Problem ist, dass die Leute fehlen. AGs sollten wiederbelebt werden.

Simon: Beauftragung könnte Arbeit forcieren.

Axel: Es sollte eine Person die Aufgabe haben

Thomas B: Ziel der Beauftragung soll Bildung und Aufbau einer Arbeitsgruppe zum jeweiligen Thema sein.

Guido: Themenbeauftragung ist zum falschen Zeitpunkt. Erst mal muss die interne politische Arbeit wiederbelebt werden, dann können wir uns Gedanken darüber machen Leute zu beauftragen diese Themen nach aussen zu vertreten.

a) die folgenden Ausschreibungen

- **Themenbeauftragung „Politische Recherche“**

Meinungsbild: Schwach positiv

- **Themenbeauftragung „Verkehrskonzept Brandenburg“**

Meinungsbild: mehrheitlich negativ

- **Themenbeauftragung „Wirtschaftspolitik Brandenburg“**

Meinungsbild: deutlich negativ

- **Themenbeauftragung „Digitale Zukunft Brandenburg“**

Meinungsbild: mehrheitlich positiv

- **Themenbeauftragung „Kita- und Schulpolitik Brandenburg“**

Meinungsbild: uneindeutig

- **einer Beauftragung „Überarbeitung des Parteiprogrammes“**

Meinungsbild: leicht positiv

b) Beitritt zum Bündnis des Volksbegehrens „Wir entscheiden mit“, das vom Verein Demokratie e.V. Berlin-Brandenburg vorbereitet wird.

Meinungsbild: deutlich positiv

c) Unterstützung der Volksinitiative gegen die Kreisgebietsreform des Vereins Bürgernahe Brandenburg - Verein für Erhalt und Stärkung unserer Landkreise, Städte und Gemeinden e.V.

Meinungsbild: sehr positiv

TOP 06 Zusammenstellung der Aufgaben und der Besetzung der Taskforce Wahlkampf Bundestagswahl 2017

Bastian: Die Versammlung sollte der Taskforce Wahlkampf keine Vorschriften machen.

Thomas B: Punkt steht drin weil nicht mehr viel Zeit ist bis zur BTW.

Kristos: Im Januar ist Marina zur BTW, dort sollen die Spitzenkandidaten und die LaVos dabei sein.

GO Antrag TOP nach hinten zu verschieben. Deutlich angenommen.

TOP 07 Berichte der Beauftragten

Landesdatenschutzbeauftragter

nicht anwesend

Landespresse (Team)

Matthias: Presseteam funktioniert gut. Mehr Kontakt mit den Redaktionen ist noch notwendig. Gastbeitrag bei EurActiv konnte platziert werden.

Thomas B: Es geht darum die Arbeit erledigt zu bekommen, dazu ist ggf. auch Zusammenarbeit nötig, wenn man sich nicht persönlich versteht.

GeKa: Es werden dringen Leute für das Lektorat benötigt, auch mehr Autoren.

Steffen: Zusammenarbeit ist wichtig, momentan ist das recht unkoordiniert.

Axel: Fragt ob es keine Schnittstelle gibt über die einfach Texte eingereicht werden können.

Beauftragung CRM

Beauftragung FiBu

FrankB: Keine Beauftragten für CRM und FiBU, liegt momentan beim Schatzmeister

Teilhabe

Bericht liegt auf der Wikiseite. Es wurde eine Checkliste für LPTs erstellt.

Analyse und Wahlkampf

ThomasB: Menge der Daten ist alleine nicht zu bewältigen

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Frank E: Antrag auf LPT wurde beschlossen, Blogbeiträge zu BGE in der Schweiz und Hartz IV. Thema kommt immer mehr im Mainstream an.

TOP 09 Wahlprogrammänderungsanträge

6 Anträge liegen vor.

2/3 wird für Wahlprogrammänderung lt. Satzung benötigt. §27 (3)

WP006 wird vorgezogen da Antragsteller der anderen grad nicht anwesend.

Abstimmung ob Antrag trotz verspäteter Einreichung behandelt wird: Positiv.

WP006 Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg

Holger stellt den Antrag vor.

Antragsteller. Holger-DOS

Eingereicht 05.11.2016

Verspätet eingereicht - (Frist 5 Wochen vor Versammlung) (war zu LPT16.2.2 eingereicht)

Antragstitel

Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen: Das Wahlprogramm wird im Teil Finanzen durch den folgenden Text ersetzt:

Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg

Die Piratenpartei setzt sich für Steuergerechtigkeit ein.

Die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung in Brandenburg ist wieder herzustellen.

Hierzu sind ineffektive Verwaltungsstrukturen abzubauen.

Das Vorhandensein der Steuerverwaltung in der Fläche ist zu erhalten.

Ohne zu bedenken, daß die Finanzverwaltung die Einnahmen des Landes generiert, wurde bisher stets an Personal und Sachmitteln in der Finanzverwaltung gespart.

So hat im Land Brandenburg die Finanzverwaltung nur noch ca. 70 % des eigentlich notwendigen Personals, viele davon sind auch nach 20 Jahren noch im Eingangsamt.

Viele der notwendigen Arbeitsmittel stammen noch von Anfang der 1990er Jahre.

Die nunmehr in anderen Verwaltungen und Behörden (z.B. Polizei, Schulen, Justiz, Kommunalverwaltungen) be- und entstehenden Finanzausgaben sind auch und im Wesentlichen in der bisherigen Sparpolitik an der Steuerverwaltung begründet.

Die Piraten fordern daher ein Ende des Sparens an der Einnahmenverwaltung.

Die Finanzverwaltung muß gestärkt und ihre Attraktivität erhöht werden, um genügend Einnahmen generieren zu können.

Als Sofortmaßnahme ist die Zahl der Auszubildenden zumindest auf die Zahl der Abgänge durch Verrentung, Pensionierung u.ä. anzuheben.

Diese Zahl ist in den nächsten Jahren zudem zu steigern, um den für die 2030er Jahre absehbaren erheblichen Personalausfall auffangen zu können.

Zur Stärkung der Attraktivität soll die Zahl der Beförderungen in der Finanzverwaltung zumindest auf das Niveau anderer Verwaltungen angehoben werden.

Die Sachmittel sind zu modernisieren.

Hierzu ist es nicht ausreichend, daß von anderen Verwaltungen ausgemusterte Sachmittel der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Antragsbegründung

Bisheriger - zu ersetzender Text:

Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg

Die Piratenpartei setzt sich für Steuergerechtigkeit ein. Die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung in Brandenburg ist wieder herzustellen. Hierzu sind ineffektive Verwaltungsstrukturen abzubauen.

Das Vorhandensein der Steuerverwaltung in der Fläche ist zu erhalten.

Als Sofortmaßnahme ist der Stellenabbau in den Finanzämtern zu stoppen.

Des Weiteren ist ein kontinuierliches Ausbildungsprogramm in Brandenburg für Brandenburg zu

starten, um den ab 2030 abzusehenden Personalausfall von mehreren hundert Beschäftigten kompensieren zu können.

Zwischenzeitlich bildet Brandenburg wieder für sich selbst aus. Die Zahl der Auszubildenden mit jährlich ca. 60-70 reicht nicht annähernd, um den jährlichen Abgang von ca. 100 Personen zu decken.

Hierbei ist auch zu bedenken, daß nur ca. 50-80% der Auszubildenden übernommen werden (Rest wechselt in die Wirtschaft, den Dienstherrn usw. oder besteht die Ausbildung nicht).

Sachmittel wurden bisher hauptsächlich von anderen Verwaltungen an die Finanzverwaltung abgegeben, wodurch diese "modernisiert" wurde.

Der PC fand z.B. erst 1996 Eingang in die Finanzverwaltung, als die Justizverwaltung ihre 1990 angeschafften PCs erneuerte.

Die PCs waren entsprechend veraltet.

Bürostühle stammen teilweise noch von 1990.

Durch die geplante Kreisgebietsreform droht die Finanzverwaltung noch stärker auszudünnen.

Damit fehlt das Wissen der Sachverhalte vor Ort noch mehr als bisher.

Auch ist die Finanzverwaltung für den Bürger schwerer zu erreichen.

Diskussion

Thomas L: Führt dies direkt zu mehr Steuereinnahmen und zu mehr Steuergerechtigkeit?

Antwort: Ja, momentan zu wenig Bearbeiter und zu wenig Steuerfahnder.

Axel: In OHV 200 Stellen nicht besetzt, es wird kein Personal gefunden. Soll da vielleicht abgebaut werden?

Antwort: Es fehlen die Leute.

Thomas Gaul: Finanzverwaltung in ganz Deutschland ist unterbesetzt.

Bastian: Zu spät eingereichter WP-Antrag ist nach Satzung nicht abstimmbar.

Holger: War pünktlich eingereicht für LPT16.2.2

Wurde geprüft, stimmt so.

Thomas B: Antrag zu kleinteilig

* Abstimmung: öffentlich

Ja: 14

Nein: 4

Enth:

Der Antrag ist angenommen

WP001 Tag des Grundgesetzes einführen

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian
Einreichung 14.10.2016

Antragstitel

Tag des Grundgesetzes einführen

Antragstext

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass das Land Brandenburg aktiv für die Schaffung eines anzustrebenden Staatsvertrages zwischen dem Bund und den Ländern eintritt, mit dem der 23. Mai als "Tag des Grundgesetzes" zum bundeseinheitlichen Feiertag erklärt wird. ~~Denn Grundrechte müssen wieder als wichtiger Wert anerkannt sein.~~

Antragsbegründung

Wie keine andere Partei weisen wir immer wieder auf den Wert des Grundgesetzes und die Wichtigkeit seines Schutzes hin [1].

Es ist daher nur konsequent, den Geburtstag des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 entsprechend zu ehren und somit - hoffentlich - seine Bedeutung im Gedächtnis der Bevölkerung zu untermauern. Denn dann fühlten sich doch hoffentlich auch die Regierenden etwas mehr verpflichtet, das Grundgesetz zu achten und nicht laufend verfassungswidrige Gesetze zu beschließen und sich dann zu beschweren, dass das Bundesverfassungsgericht zu viel Macht besäße [2]. Das immer wieder gerne genutzte Argument der Wirtschaft, Feiertage würden die Produktivität nachhaltig vermindern, lässt sich ohnehin nicht aufrecht erhalten. Von den G7-Staaten haben die folgenden an landesweiten Feiertagen: Deutschland 9, Frankreich 11, Italien 12, Japan 15, Kanada 9, Vereinigtes Königreich 6, Vereinigte Staaten 10.

Dieser Antrag findet Entsprechung im Bundesprogramm für die Einbringung eines entsprechenden Antrags der Bundestagsfraktion an die Bundesregierung[3].

[1] <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/Mahnwache-in-Karlsruhe-Piraten-protestieren-gegen-Beschneidung-des-BVG;art6066,1645577>

[2] <http://www.berliner-zeitung.de/politik/kritik-am-bundesverfassungsgericht-hat-das-bvg-zu-viel-einfluss-auf-die-politik--,10808018,26622014.html>

[3] https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2016.1/Antragsportal/WP012

Autor: Thomas Ganskow (LaVo NDS)

Diskussion

Steffen: Wäre dafür, wenn im Gegenzug der 3. Oktober als Feiertag abgeschafft wird.

Raimond: Dagegen weil schlecht in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Thomas Gaul: In vielen anderen Ländern wird der Tag der Verfassung gewürdigt.

GeKa: Ist ein Spaßantrag.

Axel: Da momentan weltweit viel in die falsche Richtung geht, wäre das eine richtige Idee.

Harry: Im Zeitalter der Demokratiesimulation wäre das gut.

Thomas B: Brandenburg hat andere Sorgen, damit holt man keine Wähler ab.

Harry: Der Antrag wurde in vielen anderen LVs schon beschlossen.

Andreas: Letzten Satz streichen, dann wäre das OK.

Raimond: Wird zum nächsten LPT 364 weitere Anträge stellen.

Bastian: Das ist kein Spaßantrag, sondern ernst gemeint, das Grundgesetz ist die letzte Bastion gegen die Regierung, die ohne es Amok laufen würde.

Der letzte Satz wird gestrichen

Abstimmung: öffentlich

Ja: 14

Nein: 7

Enth:

Der Antrag ist angenommen

WP002 Transparenz bei Gehältern öffentlichen Spitzenpersonals -

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Eingereicht: 14.10.2016

Antragstitel

Transparenz bei Gehältern öffentlichen Spitzenpersonals

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Offenlegung der Gehälter von kommunalen Spitzenbeamten sowie Geschäftsführern, Vorständen und Verwaltungs- und Aufsichtsräten in Einrichtungen wirtschaftlicher öffentlich-rechtlicher Natur in Brandenburg ein. Dies betrifft insbesondere öffentlich-rechtliche Sparkassen, Medien und Wohnungsbau-, Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungsbetriebe. Zwar sind Einkommen prinzipiell Privatsache. Wo sie öffentlich finanziert werden, hat aber die Allgemeinheit ein Recht auf Information.

Antragsbegründung

Ein Transparenz-Aspekt, den wir noch nicht verschriftlicht haben[1].

Seit eine entsprechende Regelung im Transparenzgesetz in Nordrhein-Westfalen[2] gilt, wird immer öfter hinterfragt, ob die Gehälter des vorgenannten Personenkreises angemessen sind[3],[4].

Das "Vergütungsoffenlegungsgesetz"[5] in Schleswig-Holstein schließt diese Lücke unzureichend [6], die auch mit dem o.g. NRW-Transparenzgesetz aufgehoben wäre.

Prinzipiell ist anzumerken, dass selbst, wenn die Ankündigungen der rot-grünen Landesregie-

rung, ein Transparenzgesetz zu schaffen[7] umgesetzt würden, nicht mit dem hier angesprochenen Aspekt als Inhalt zu rechnen ist[8],[9].

Entstanden ist dieser Antrag auf Hinweis durch correctiv.org [10].

[1] <https://www.piraten-nds.de/programm/transparenz-in-politik-und-verwaltung>

[2] https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=6&vld_id=11866&vld_back=N950&tsg=&menu=1

[3] <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/vorstandsgehaelter-die-spitzenverdiener-der-sparkassen/8807442.html>

[4] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sparkassen-chefs-kassieren-bis-zu-800-000-euro-pro-jahr-a-1007650.html>

[5] <http://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/politik/das-verdienen-landraete-und-buergermeister-in-sh-id10704721.html>

[6] http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/portal/t/1m4y/page/bsshoprod.psmml;jsessionid=5D40C2F5AF4EB0A6CDC0DD1F8E794183.jp12?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=1&numberofresults=1&fromdocdoc=yes&doc.id=jlr-VergOfflGSHrahmen&doc.part=X&doc.price=0.0#focuspoint

[7] <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2015/06/18/piraten-wirken-in-schleswig-holstein-werden-managergehaelter-veroeffentlicht/>

[8] <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Rot-Gruen-Niedersachsen-soll-Open-Data-Landwerden-1801200.html>

[9] http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article148748345/Transparenz-oder-Buerokratie-Monster.html

[10] <https://correctiv.org/>

Diskussion

Thomas L: Sind damit auch privatrechtlich organisierte öffentliche Unternehmen betroffen?

Antwort: Ja, alle Unternehmen bei denen der Staat mehrheitlich beteiligt ist.

Jetzt 25 Akkreditierte

Katha: Klare Definition fehlt, Antrag sollte überarbeitet werden.

Harry: Es soll offen gelegt werden wer welche Gelder bekommt.

Thomas B: Definition von Spitzenbeamten ist unscharf.

Kai: Viele Spitzenbeamte haben eine Offenlegungspflicht. Wichtiger wären die öffentlichen geführten Unternehmen. Schlägt vor den Antrag noch mal zu überarbeiten.

Simon: Bei Beamten kann anhand der Position erkannt werden welches Einkommen dieser hat. Daher sollte das auch bei Leuten in öffentlichen Betrieben auch so gehandhabt werden, ohne nach Rang zu unterscheiden.

Axel: Würde ausreichen nur Geschäftsführer zu nennen.

GeKa: Bei öffentlichen Betrieben werden teilweise Leute über Tantieme bezahlt.

Meinungsbild knapp positiv.

Antrag wird zurück gezogen.

WP003 Transparenz beim Sponsoring bei öffentlich-rechtlichen Sendern

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian
Eingereicht: 14.10.2016

Antragstitel

Transparenz beim Sponsoring bei öffentlich-rechtlichen Sendern

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine eindeutige Kennzeichnung von Sponsoring-Elementen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Für die Zukunft wird ein Verzicht auf Sponsoring bei Eigenproduktionen angestrebt. Denn anders als bei Werbung lässt sich Sponsoring insbesondere bei zugekauften Produktionen nicht immer vermeiden.

Antragsbegründung

Sponsoring von im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gezeigten Produktionen erfolgt zumeist durch Produktplatzierungen. Dadurch werden den Zuschauern, meist unbemerkt, Werbeinhalte präsentiert. Früher nannte man das Schleichwerbung.

Ist das tragisch? Möglicherweise. Beispielsweise bei Filmproduktionen können Sponsoringverträge dazu führen, dass der Sponsor eine starke Einflussnahme auf das Drehbuch und damit den Filminhalt nimmt, um sein Produkt bestmöglich in Szene gesetzt zu bekommen.

Nun wäre es sicher angemessen, ähnlich wie bei Werbung, einen generellen Verzicht auf Sponsoring anzustreben. Das kann für die Zukunft und bei Eigenproduktionen auch durchaus zur Voraussetzung werden. Problematisch ist dies jedoch bei zugekauften Produktionen oder solchen der Vergangenheit.

Sofern bei der Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Inhalten, selbst produziert oder dazugekauft, Gelder aus Sponsoringverträgen verwendet wurden, so soll dies in einer eindeutigen Form kenntlich gemacht werden. Dazu bietet sich an, mittels Einblendungen im Ablauf auf die Inhalte hinzuweisen, die durch Sponsoring Bestandteil der Produktion geworden sind.

Die bisherige Praxis, im Vorspann darauf hinzuweisen, dass gesponorte Inhalte Bestandteil sind oder sein können, bleibt davon unberührt. Sie könnte noch um Zahlen hinsichtlich des prozentualen Anteils an gesponsorten Zeiten und/oder der Nennung einer finanziellen Beteiligung des sponsornden Unternehmens ergänzt werden. So kann der interessierte Zuschauer sich selbst ein Bild machen, wer wohl wieviel Einfluss auf den Inhalt hatte. Ähnlich sehen das auch hier die Piraten NRW[1].

Für den RBB sind die entsprechenden Regelungen zu überarbeiten. Diese wiederum basieren auf den Grundlagen aus dem 13. Rundfunkstaatsvertrag, § 8[2].

[1] http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Landesparteitag_2016.2/Antr%C3%A4ge/WP041.0

[2] http://www.dvtm.net/fileadmin/pdf/gesetze/13._RStV.pdf

Inspiziert vom LV NDS.

Diskussion

GO Antrag auf Schließung der Rednerliste, angenommen

Raoul: Kann Neuerung in dem Antrag nicht sehen, da Kennzeichnung bereits verlangt wird.

Raimond: Unklar wie die eindeutige Kennzeichnung funktionieren soll. Grundsätzlich keine Werbung und Sponsoring wären eine klare Lösung.

Harry: Die Kennzeichnung ist bei den Privatsendern.

Bastian: Sponsoring und Product-Placement sind verschiedene Dinge. Bei Sponsoring wird Einfluss bis auf die Drehbücher genommen.

Abstimmung: öffentlich

Ja: 6

Nein: 15

Enth:

Der Antrag ist abgelehnt

WP004 Gerichtsgebühren auch von Kirchen zu tragen

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Eingereicht: 14.10.2016

Antragstitel

Gerichtsgebühren auch von Kirchen zu tragen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Aufhebung der Regelung ein, die Religionsgemeinschaften und ihr angeschlossene Körperschaften von Gerichtsgebühren befreit. Denn Religionsgemeinschaften sollen nicht besser gestellt sein, als jeder andere.

Antragsbegründung

Religion privatisieren, Privilegien der Kirche abschaffen. Eine der wenigen Möglichkeiten, auf Landesebene tatsächlich etwas umzusetzen, was nicht durch Kirchenstaatsverträge und Grundgesetz in Stein gemeißelt scheint[1],[2]. Kann weg.

[1] http://www.patrick-breyer.de/?p=560549&utm_source=twitterfeed&utm_medium=twitter

[2] <https://bravors.brandenburg.de/de/gesetze-212925#8> Abs. 1

Diskussion

Raimond: Das ist eine Detailfrage, es gibt noch mehr Bereiche in denen Kirchen besser gestellt werden. Die Trennung zwischen Staat und Kirche sollte konsequent umgesetzt werden.

Thomas B: Das Thema gehört dazu, aber aus einer unteren Ebene.

Bastian: Einige Aspekte sind durch Staatsverträge nicht einfach zu lösen, dieser Punkt schon. Dieses Thema wäre auch umsetzbar.

Abstimmung: öffentlich

Ja: 10

Nein: 10

Enth:

Der Antrag ist abgelehnt

WPO05 Einführung eines Datenbescheides

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Eingereicht: 14.10.2016

Antragstitel

Einführung eines Datenbescheides

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass Behörden und andere staatliche Institutionen, die personenbezogene Daten verarbeiten, übermitteln oder speichern, die betroffenen Personen jährlich mit einem Datenbescheid über die Art, den Zweck, Herkunft und die rechtliche Grundlage der Speicherung informieren. Die Weitergabe von Daten an Dritte soll kommuniziert und begründet werden.

Die Information über zur zwischenzeitlichen Löschung anstehende Daten sollen mittels eines gesonderten Bescheides mitgeteilt werden. Denn zur Selbstbestimmung über die eigenen Daten gehört auch zu wissen, welche Daten gesammelt werden.

Antragsbegründung

Insbesondere im Bereich der Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz) ist im Rahmen der bundesweiten Vorratsdatenspeicherung ein massenhaftes Aufkommen von personenbezogenen Daten zu erwarten. Zwar gibt es die Möglichkeit, gerade bei diesen Behörden einmal pro Jahr nachzufragen, welche Daten hinterlegt sind, doch das wissen nur wenige Menschen. Würden wirklich alle nachfragen, würde das nicht nur zu einem enormen Arbeitsaufkommen in den betreffenden Behörden führen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die "Ich hab ja nichts zu verbergen"-Mentalität bei dem einen oder anderen bei der Ansicht dessen, was über ihn gespeichert ist, ein dumpfes Gefühl hinterlassen würde, könnte steigen.

Mit der automatischen Zusendung derartiger Daten wären diese beiden Folgen erreicht, einerseits das Bewusstsein für die persönlichen Daten erhöhen, andererseits bei Behörden etwas genauer hinzugucken, was tatsächlich gespeichert werden muss.

Der letzte Satz trägt weiterhin der Tatsache Rechnung, dass durch die bundesgesetzliche Beschlussfassung zur Vorratsdatenspeicherung bestimmte Daten nach 6 Monaten gelöscht werden müssen, ohne dass ein Betroffener bei wie bislang einmal pro Jahr möglicher Anfrage über die Speicherung informiert werden müsste.

Der Antrag folgt einer Forderung aus dem Bundesprogramm 2013[1] und einer Forderung des CCC[2]. Er folgt dabei ebenfalls einer aktuellen Initiative in Bayern.

[1] http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Informationelle_Selbstbestimmung_st.C3.A4rken.2C_Medienkompetenz_f.C3.B6rdern[2] <https://www.ccc.de/datenbrief>

Inspiziert vom LV NDS.

Diskussion

GO Antrag auf Schließung der Rednerliste, angenommen

Thomas L: Den letzten Satz streichen, das ist eine Begründung, die hat im Antragstext nichts zu suchen. Sonst positiv.

Andreas: Antrag ist gut gemeint, aber nicht gut. Das wird eine Lawine von Briefen auslösen.

Raimond: Ist nicht Praxistauglich. Wenn jede Behörde das machen muss ist das ein erheblicher Aufwand. Zusammenfassung der Daten um das über eine Stelle zu machen kann keine Alternative dazu sein. Die Kosten dürften enorm sein.

Raoul: Die Papiermenge dafür wird enorm sein, das geht an der Realität vorbei. Dazu kommt der Informationsüberfluss für die Bürger.

Bastian: Die Behörden sammeln riesige Mengen an Daten. Die Frage ist warum so viele Daten bei so vielen Behörden gesammelt werden. Nur durch eine verpflichtende Auskunft kann das Problem in den Griff bekommen werden.

Abstimmung: öffentlich

Ja: 10

Nein: 9

Enth:

Der Antrag ist abgelehnt

10 Minuten Pause

Fortsetzung 18:44

20 Akkreditierte

TOP 10 Positionspapiere

Q001 Positionen zu Strukturreformen im Land Brandenburg

Thomas L stellt den Antrag vor.

Antragsteller: Tojol

Eingereicht: 13.10.2016

Antragstitel

Positionen zu Strukturreformen im Land Brandenburg

Antragstext

Modul 1 - Verwaltungs- und Funktionalreform

Das Land benötigt eine Verwaltungs- und Funktionalreform. Mit ihnen muss eine Verwaltung auf kommunaler und Kreisebene ermöglicht werden, die für die Bürger dezentral erreichbar ist, und die die demokratische Willensbildung von einer physischen Präsenz unabhängig gestaltet. Technisch bedeutet dies einen im ganzen Land Brandenburg in ausreichendem Maße gesicherten Internetzugang und netzgestützte, standardisierte und wohldokumentierte Softwareschnittstellen zum Austausch von Dokumenten, zur Meinungsbildung und zur Entscheidungsfindung. Freie Software ist zu bevorzugen. Eine Umorganisation der kommunalen und Kreis-Amtsstrukturen ist entsprechend vorzunehmen, wobei dem Subsidiaritätsprinzip mit ausreichender Mittelausstattung stärker als bisher durchzusetzen ist. Die Verwaltungs- und Funktionalreform ist transparent und schrittweise umzusetzen, wobei die Interessen der bisherigen Mandatsträger und der in den Verwaltungen Beschäftigten zu berücksichtigen sind, jedoch nicht zur Verhinderung notwendiger Schritte führen dürfen.

Modul 2 - Gebietsreform

Eine Gebietsreform kann nur auf der Basis einer erfolgreichen Verwaltungs- und Funktionalreform erfolgen. Sie kann durch eine (Kreis-)Gebietsreform ergänzt werden, wenn diese sich auf der Basis der Verwaltungs- und Funktionalreform als vorteilhaft darstellt. Eine Entscheidung hierüber muss den Bürgern Brandenburgs überlassen werden; eine Abstimmung hierüber benötigt genügend zeitlichen Vorlauf und nachvollziehbare, möglichst objektive, Informationen über Vor- und Nachteile.

Eine Gebietsreform zum jetzigen Zeitpunkt ohne eine vorherige Verwaltungs- und Funktionalreform wird abgelehnt.

Modul 3 - zeitlicher Rahmen

Die Verwaltungs- und Funktionalreform ist auf der Basis von transparent einsehbaren Daten und nachvollziehbaren Begründungen unmittelbar anzugehen. Hierfür wird ein Zeitrahmen von etwa fünf Jahren veranschlagt. Über eine mögliche Gebietsreform ist etwa ein Jahr vor dem Ende der 2017 beginnenden Legislaturperiode (also 2021) zu entscheiden, sie ist gegebenenfalls mit deren Ende umzusetzen.

Antragsbegründung

Dieser Antrag entstand im Nachgang der Online-Diskussion am 12.10. zu diesem Thema. Mit ihm soll eine Nicht-Positionierung vermieden werden; Verbesserungen sind während des LPTs ausdrücklich erwünscht.

Alternativanträge sind willkommen.

Die Module bauen aufeinander auf, sind also ergänzend abzustimmen.

Thomas B: Zu komplizierte Sprache, vereinfachen.

Guido: Antrag sollte angenommen werden, verbesserte Version zum ersten Onlineparteitag einbringen

Bastian: Menge der Fremdwörter ist nicht so groß

Modulweise Abstimmung

Modul 1 12 Ja, 2 Nein > 50% Ja Angenommen

Modul 2 10 Ja, 2 Nein > 50% Ja Angenommen

Modul 3 9 Ja, 2 Nein > 50% Ja Angenommen

TOP 11 Sonstige Anträge

Einige Anträge sind verspätet eingereicht worden, Abstimmung einmütig dafür diese trotzdem zu behandeln.

20 Sonstige Anträge sind eingereicht, konkurrierende werden zusammengefasst.

Konkurrierender Antrag Teil1: Namensergänzung bei Publikationen (6 Anträge)

X001,X013,X017,X018,X019,x020

Verweis auf GO § 20a (2)

X001 PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

Antragsteller: Bastian

Eingereicht: 09.10.2016

Antragstitel

PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - Partei des digitalen Wandels
bzw.

PIRATEN Brandenburg - Partei des digitalen Wandels

Antragsbegründung

Die Piratenpartei Brandenburg soll in der Öffentlichkeit mehr als Partei des digitalen Wandels wahrgenommen werden.

Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.

Diskussion

Katha: Der Begriff ist negativ besetzt, das könnte uns schaden. Ausserdem ist es eine thematische Festlegung die zu früh passiert.

Thomas Göde: Findet Festlegung kritisch, SPD ist nicht sozial, CDU nicht christlich und auch nicht demokratisch.

Thomas L: In fünf Anträgen ist der Begriff "digital" drin, das ist eher negativ besetzt. Daher Alternativantrag.

Harry: Begriff "digital" ist nicht negativ besetzt. Im Bund wurde fest gestellt, dass der Begriff "Digitalisierung" positiv mit den Piraten verbunden wird. "Humansimus" führt bei Suchanfragen zu anderen Parteien.

Guido: Bitte alle sechs Anträge ablehnen, das ist ein Branding, das uns fest legt und einschränkt.

GO Antrag: Alle sechs Anträge nicht abstimmen, starke Mehrheit dafür die Anträge nicht abzustimmen.

X013 PIRATEN Brandenburg - digital.sozial.transparent

Antragsteller: Skff

Einreichungsdatum: 16 Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - digital.sozial.transparent

bzw.

PIRATEN Brandenburg -

digital.sozial.transparent.

Dies folgt der schon in anderen Landesverbänden umgesetzten Idee, wie z.B. in BaWü:

https://piratenpartei-bw.de/wp-content/uploads/wahlprogramm_titel_small.jpg

Antragsbegründung

Die Piratenpartei Brandenburg soll in der Öffentlichkeit wieder stärker mit ihren Kernkompetenzen - digital. sozial. transparent - wahrgenommen werden.

Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.

Dieser Antrag ist ein Alternativ-Antrag zum X001

X017 PIRATEN Brandenburg - sozial. liberal. digital.

Antragsteller: Neythomas

Einreichungsdatum: 4 November 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen künftigen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - sozial. liberal. digital.

Antragsbegründung

Die Piratenpartei verbindet ein freiheitlicher Lebensstil mit einem sozialen Gewissen im digitalen Zeitalter. Dies

soll durch den Zusatz stärker ins Bewusstsein gerückt werden.

Durch den Zusatz "liberal" grenzen wir uns gleichzeitig von anderen Parteien ab, die das Soziale im Namen tragen. Durch die Kombination beider Begriffe reklamieren wir eine Lücke im politischen Spektrum für uns, die derzeit von keiner anderen Partei gefüllt wird. Gleichzeitig wird die Digitalisierung in all ihren Facetten als unser Kernthema unterstrichen und somit ein inhaltlichen Fixpunkt gesetzt.

Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.

Dieser Antrag ist ein Alternativ-Antrag zu den Anträgen X001 und X013.

X018 PIRATEN Brandenburg - transparent.humanistisch.digital.

Antragsteller: Skff

Einreichungsdatum: 7 November 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen künftigen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - transparent.humanistisch.digital

Antragsbegründung

Die Piratenpartei Brandenburg soll in der Öffentlichkeit wieder stärker mit ihren Kernkompetenzen - digital.sozial.transparent - wahrgenommen werden.

Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.

Dieser Antrag ist ein Alternativ-Antrag zum X001

X019 PIRATEN Brandenburg - die Digitale Bürgerrechtspartei

Antragsteller: MTaege

Einreichungsdatum: 7 November 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen künftigen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - die Digitale Bürgerrechtspartei

Antragsbegründung

Als eine Partei, die aus dem Internet entstand und wir gerade auch für die Bürger/Menschenrechte im digitalen Zeitalter kämpfen, soll es dies nur unterstreichen. Eine Bürgerrechtspartei sind wir und ist positiver besetzt als Liberal. Der Antrag ändert den satzungsmäßigen Parteinamen an sich nicht ab. Bei Annahme des Antrages kann der Zusatz verwendet werden, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Diskussion bedarf.

Dieser Antrag ist ein Alternativ

-Antrag zum X001, X013, X017 und X018.

X020 - PIRATEN Brandenburg - Humanismus 4.0

Antragsteller: Tojol

Eingereicht: 11.11.2016

Antragstitel

PIRATEN Brandenburg - Humanismus 4.0

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Brandenburg ergänzt seinen Namen auf allen Publikationen und Medien wie folgt:

Piratenpartei Brandenburg - Humanismus 4.0

Antragsbegründung

Dies ist ein Alternativantrag zu den Anträgen X001, X013, X017, X018 und X019.

Wikipedia: "Humanismus ist eine seit dem 19. Jahrhundert gebräuchliche Bezeichnung für verschiedene, teils gegensätzliche geistige Strömungen in diversen historischen Ausformungen [...]. Gemeinsam ist ihnen eine optimistische Einschätzung der Fähigkeit der Menschheit, zu einer besseren Existenzform zu finden. Es wird ein Gesellschafts- und insbesondere Bildungsideal entworfen, dessen Verwirklichung jedem Menschen die bestmögliche Persönlichkeitsentfaltung ermöglichen soll. Damit verbindet sich Kritik an bestehenden Verhältnissen, die aus humanistischer Sicht diesem Ziel entgegenstehen. [...]"

Weitere Erläuterungen erfolgen auf dem LPT.

X002 Verkehrskonzept erstellen

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesvorstand wird aufgefordert, selbst oder durch geeignete Beauftragung sicherzustellen, dass im Landesverband Brandenburg so bald als möglich ein Verkehrskonzept für den ÖPNV und andere Verkehrsformen erstellt wird.

Antragsbegründung

Die Verkehrsanbindung und die Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsträger im Bundesland Brandenburg mit teils städtischen aber überwiegend ländlichen Regionen ist sehr unbefriedigend. In der Regel ist die Nutzung von eigenen Fahrzeugen unverzichtbar, das Straßennetz ist allenfalls für überregionale Verkehre nutzbar.

Die Unterstützung von Arbeitsgemeinschaften seitens des Landesvorstandes ist nicht wahrnehmbar. Durch eine Beauftragung soll sichergestellt werden, dass dieses wichtige Thema angegangen wird.

Diskussion:

Thomas L: War erst skeptisch dem gegenüber, findet die Idee aber gut

Thomas B: Unklar, erst keine Themenbeauftragung und jetzt das?

Kai: Findet die Beauftragung eine gute Idee. Ist ein wichtiges Thema. In der Fläche massive Unterversorgung.

Raimond: Eigentlich wird doch Bottom-Up gearbeitet, warum jetzt diese Beauftragung?

Thomas Gaul: Das ist ein riesiges Projekt, von einer einzelnen Person nicht zu schaffen. Ein Grundkonzept dazu wäre sehr sinnvoll.

Guido: Größer aufstellen, als Teil eines Gesamtkonzeptes angehen. Eine Zukunftskonferenz zusammen mit Berlin angehen, weil Berlin und Brandenburg nur zusammen funktionieren können. KnowHow von extern mit rein holen.

Bastian: Eine AG hat nicht das nötige Mandat um Externe mit einzubeziehen.

Axel: Nahverkehrsentwicklungsplan für OHV mit 600 Seiten wurde gerade verabschiedet. So was könnte man als Basis nehmen.

Katha: Ein Verkehrskonzept zu erstellen übersteigt unsere Möglichkeiten. Wir überfordern uns selber damit.

Steffen: Es soll angeregt werden, dass sich mit dem Thema befasst wird. Die Richtung mit einer Konferenz wäre besser.

Abstimmung:

Ja 3

Nein ____

Enth. ____

Antrag ist ganz eindeutig abgelehnt.

Kristos: Gibt Kontakte mit Piraten die so etwas schon gemacht haben, es ist eine riesige Aufgabe.

GO Antrag auf Ende der Versammlung um 20:00, abgelehnt

Konkurrierender Antrag Teil 2: Satzungsüberarbeitung

Anträge X003, X014, X016

Bastian: Zieht X003 zurück

GeKa übernimmt den Antrag

X003 - Einsetzung einer Redaktionskommission

Geka stellt den Antrag vor.

Antragsteller: Bastian

Eingereicht: 09.10.2016

Antragstitel

Einsetzung einer Redaktionskommission

Antragstext

Der Landesvorstand beauftragt eine Redaktionskommission zur Überarbeitung des Parteiprogramms der PIRATEN Brandenburg.

Mitglied der Redaktionskommission ist zumindest ein vom jeweiligen Gliederungsvorstand benannter Pirat. Wird kein Pirat vom jeweiligen Gliederungsvorstand benannt, bleibt die Mitgliedschaft bis zur Benennung vakant. Die Redaktionskommission gibt sich mit 2/3 Mehrheit eine Geschäftsordnung.

Aufgabe der Redaktionskommission ist

- a) die Überarbeitung von auf Parteitag beschlossenen Programmanträgen, insbesondere hinsichtlich der sprachlichen Glättung ohne deren Sinngehalt zu verfälschen,
- b) Vorschläge für die Streichung von beschlossenen Programmanträgen, deren Inhalt nicht mehr zeitgemäß ist,
- c) die Hilfe bei der Formulierung von Programmanträgen im Vorfeld von Parteitagen,
- d) die Sicherstellung der ordentlichen Protokollierung von Parteitagen,
- e) die Sicherstellung der korrekten Wiedergabe von Programmanträgen in den Medien der Piratenpartei Brandenburg.

Das Ergebnis der Überarbeitung des Parteiprogramms wird auf einem Parteitag oder Onlineparteitag beschlossen.

Antragsbegründung

-

X014 - Überarbeitung der Programmatik

ThomasL stellt den Antrag vor

Antragsteller: Tojol

Eingereicht 02.11.2016

Antragstitel

Überarbeitung der Programmatik

Antragstext

Der Landesparteitag beauftragt N.N. mit der Bildung einer Programmkommission aus drei bis fünf Piraten seiner Wahl, die die vorhandene Programmatik überarbeiten soll. Ziel der Überarbeitung sind ein Grundsatzprogramm, das für den Einzug ins Landesparlament die Handlungsgrundsätze umreißt und Hilfestellung bei Entscheidungen auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene bietet, ein kurzes Wahlprogramm mit vermittelbaren Aussagen, die unmittelbar in den Wahlkampf einfließen können, und Positionspapiere, die das Grundsatz- und das Wahlprogramm weiter ausführen. Die so erarbeitete Programmatik ist dem nächsten regulären Landesparteitag zur Annahme vorzulegen.

Antragsbegründung

Das Programm entspricht derzeit zwar unserer Willensbildung, ist aber in der jetzigen Form weder gut vermittelbar noch handhabbar genug für Wahlkämpfe. Es kann am ehesten noch als Handlungsleitfaden für die parlamentarische Arbeit dienen, entspricht dann aber zumeist nicht den konkreten Fragestellungen.

Dies zu verbessern ist Aufgabe der Programmkommission und sollte idealerweise in einem fortlaufenden Prozess münden.

N.N. ist vorab auf dem LPT durch einen konkreten Namen zu ersetzen.

Eine Arbeit ohne fortlaufenden Rechtfertigungsdruck ist beabsichtigt; entscheidend ist das Ergebnis, über das ein LPT entscheiden kann. Eine parteiöffentliche Vorab-Diskussion vor einer Entscheidung wäre wünschenswert.

Wenn dieser Antrag nicht akzeptiert wird, ergeht damit doch die Bitte an den LPT, geeignete Maßnahmen für eine besser handhabbare Programmatik vorzunehmen.

X016 - Programmkommission

Simon übernimmt den Antrag und stellt ihn vor.

Antragsteller: UK

Eingereicht: 02.11.2016

Antragstitel

Programmkommission

Antragstext

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand eine Programmkommission mit dem Status einer Arbeitsgemeinschaft einzurichten.

Entscheidungen dieser Programmkommission werden grundsätzlich nach Konsens und Dissens gefällt. Klare Übereinstimmungen bei Beschlussvorlagen dürfen zu Parteitag zur endgültigen

Abstimmung eingereicht werden. Bei Uneinigkeit kann die Programmkommission dem Parteitag entsprechende Alternativen zur Abstimmung vorgelegen.

Die Aufgabenschwerpunkte der Programmkommission werden wie folgt festgelegt:

- * redaktionelle Überarbeitung und Vorbereitung der Programme zur Abstimmung auf Parteitagen des Landesverbandes
- * Beratung und Hilfe bei Antragserstellung und -einreichung, sowie Lektorat von Beschlussvorlagen aller Antragstypen
- * laufende Kontrolle der Aktualität und Statusänderungen von Positionspapieren des Landesverbandes
- * Mitwirkung in Antragskommissionen bei Parteitagen des Landesverbandes
- * Ausarbeitung von Vorschlägen zu Tagesordnungen für kommende Parteitage
- * Sichtungen von Anträgen anderer Parteigliederungen zur eventuellen Übernahme und Weiterverarbeitung
- * Bereinigung von Fehler oder Falschinformationen in Programmen und Positionspapieren des Landesverbandes
- * Einladungen zu Diskussionsrunden zur Vorstellung aktueller Arbeitsergebnisse

Antragsbegründung

Direkte Konkurrenz zu Antrag X003 und X014. Dieser Antrag wurde bereits auf dem letzten Parteitag als X020 gestellt.

Diskussion

Thomas B: Wir hatten ein Meinungsbild zu Beauftragungen, nach dem ein erheblicher Teil der Leute nicht mehr auf dem LPT sind das anders abzustimmen findet er nicht gut.

Simon: Gibt es für X014 eine Person die beauftragt werden könnte?

Thomas L: Dafür würde er sich zur Verfügung stellen.

Thomas Göde: Variante mit AG bevorzugt.

Raimond: AG Variante findet er am Besten, Beauftragung aus der vorhandenen Runde ist nicht sinnvoll.

Bastian: Programmkommission existierte schon mal, wurde aber nicht angenommen. Beauftragung einer Person hier zum Ende des LPT findet er nicht transparent.

Katha: Das Meinungsbild zur Beauftragung hat hier schon einen Auftrag an den LaVo gegeben.

Simon: Programmkommission bevorzugt, Beauftragung aufgrund der schwindenden Teilnehmerzahl nicht akzeptabel.

Thomas B: X016 unklar ob die Liste der Aufgaben vollständig ist.

Simon: Kann auf "Schwerpunkte" geändert werden.

Redaktionelle Änderung: X016 aus "Aufgaben" wird "Aufgabenschwerpunkte"

Abstimmung:

Zunächst alle drei Anträge gegeneinander

X003 - 7

X014 - 5

X016 - 9

Damit fällt X014 heraus

X003 - 6

X016 - 8

Abstimmung über X016

Ja 14

Nein 3

Antrag X016 ist angenommen

19 Akkreditierte

X004 Sicherstellung der Protokollierung von Parteitag

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller : Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesvorstand wird angewiesen, rechtzeitig für eine zuverlässige Protokollierung von Parteitagen zu sorgen.

Dafür ist eine redundante ggfls. nicht öffentliche Tonaufzeichnung des Parteitages Voraussetzung.

Steht ein von Protokollanten unterschriebenes Ergebnisprotokoll nicht innerhalb von zwei Wochen nach Ende des Parteitages zur Verfügung, wird auf Kosten der Mitglieder des zum Zeitpunkt des Beginns des Parteitages amtierenden Landesvorstandes ein Transskript von der Tonaufnahme angefertigt.

Der Landesvorstand schafft die technischen Möglichkeiten, dass rechtzeitig vor einem Parteitag eine Protokollvorlage erstellt wird und diese während und nach Abschluss des Parteitages ausgedruckt und unterschrieben werden kann.

Dies gilt sinngemäß auch für Aufstellungsversammlungen.

Antragsbegründung

Dass kein unterschriebenes Protokoll von einer Reihe an Parteitagen vorliegt, ist eine grobe Pflichtwidrigkeit.

Diskussion:

Steffen: Zwei Wochen sind ziemlich wenig.

Bastian: Es geht nur um ein Ergebnisprotokoll, das ist zu schaffen, wenn im Vorfeld für einen Protokollanten gesorgt wird.

GO Antrag auf Schließen der Rednerliste, angenommen.

Thomas Gaul: Würde dem Antrag zustimmen. Die Umsetzung ist eigentlich kein Problem.

Thomas B: Ist ausdrücklich dagegen.

Bastian: Mit Empörung hat er gerechnet, aber die Missstände müssen mal ein Ende haben.

GO Antrag auf Wiedereröffnung der Rednerliste, angenommen

GO Antrag auf Meinungsbild, fällt deutlich negativ aus

Bastian: Änderung, dass die Kosten auf den Vorstand fallen könnte heraus genommen werden.

GeKa: Es gab einige Parteitage bei denen die Protokolle fehlten, aber das ist dem jetzigen Vorstand nicht anzulasten.

Raimond: LaVo hat nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten gegenüber dem Protokollanten, von daher ist die Verpflichtung in dieser Form nicht fair.

18 Akkreditierte

Antrag wird modifiziert wieder eingebracht:

Antragstext

Der Landesvorstand wird angewiesen, rechtzeitig für eine zuverlässige Protokollierung von Parteitag zu sorgen.

Dafür ist eine redundante ggfls. nicht öffentliche Tonaufzeichnung des Parteitages Voraussetzung.

Steht ein von Protokollanten unterschriebenes Ergebnisprotokoll nicht innerhalb von zwei Wochen nach Ende des Parteitages zur Verfügung, wird ein Transskript von der Tonaufnahme angefertigt.

Der Landesvorstand schafft die technischen Möglichkeiten, dass rechtzeitig vor einem Parteitag eine Protokollvorlage erstellt wird und diese während und nach Abschluss des Parteitages ausgedruckt und unterschrieben werden kann.

Dies gilt sinngemäß auch für Aufstellungsversammlungen.

Abstimmung:

Ja 9

Nein 5

Enth. ____

Der Antrag ist in der geänderten Fassung angenommen.

X005 Kommissarische Vorstände einsetzen

Bastian stellt den Antrag vor.

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird hiermit beauftragt, spätestens binnen vier Wochen in folgenden Gliederungen kommissarische Vorstände einzusetzen:

KV Brandenburg a.d.H.

KV Teltow-Fläming

RV Prignitz-Ruppin

Dies gilt sinngemäß auch für den KV Märkisch-Oderland, da von den Beauftragten keinerlei Aktion zu erkennen ist.

Antragsbegründung

Die Einsetzung von kommissarischen Vorständen ist satzungsmäßig geregelt. Die Nichtbefolgung stellt eine erhebliche Pflichtverletzung dar.

Diskussion:

GeKa: In MOL gibt es einen kommissarischen Vorstand, der jedoch weitgehend untätig ist.

Thomas L: Fragt nach der rechtlichen Festlegung der Handlungsunfähigkeit

Antwort: Wenn kein Vorstand vorhanden ist, ist dies gegeben.

Simon: Gibt es überhaupt nennenswert Mitglieder in den Gliederungen? Wäre eine Auflösung nicht sinnvoller?

Bastian: Das wäre fest zu stellen, z.B. durch eine Hauptversammlung.

GO Antrag auf Schließung der Rednerliste, angenommen

Thomas B: Handlungsunfähige Gliederungen sind eine Baustelle, die von den vorherigen LaVos ignoriert wurde. Eine Bestandsaufnahme wurde schon teilweise gemacht. Die Frist von vier Wochen ist ziemlich knapp, weil dazu Leute gefunden werden müssen. Der Antrag wäre redundant, weil der Prozess bereits läuft.

GO Antrag Redezeit auf 2 Minuten erweitern. Gegenrede: Rednerliste ist bereits geschlossen.
Abgelehnt.

Katha: Es muss eine Lösung gefunden werden die Strukturen ggf. auf- und abbauen zu können.

Bastian: Die Strukturen sollen nicht umgebaut werden, sondern handlungsfähig gemacht werden.

Abstimmung:

> 50 % Nein

X006 Durchführung eines Onlineparteitages

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag beschließt die Durchführung eines Online-Landesparteitages gemäß § 22 Landessatzung innerhalb drei Monaten.

Antragsbegründung

Der Onlineparteitag steht seit 2013 in der Satzung und wird nicht genutzt. Er bietet eine Reihe an Vorteilen. Wesentliche technische Gründe stehen dem nicht entgegen.

Der 1. Onlineparteitag soll über Positionspapiere und Sonstige Anträge abstimmen.

Diskussion:

Guido: Bitte annehmen, es ist alles vorbereitet, wir brauchen nur einen Termin.

Thomas Göde: Bitte annehmen.

Thomas B: Will erst mal die ganzen Unterlagen dazu sehen wie das funktioniert

Harry: Hat der Vorstand die Unterlagen schon mal angefordert? Onlineparteitag ermöglicht Teilhabe für viel mehr Mitglieder.

Steffen: Onlineparteitag ist ein wichtiges Instrument.

Abstimmung:

Einmütig angenommen.

X007 Vielfalt der Veranstaltungsorte

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Orte an denen Parteitage und Landestreffen stattfinden, sind gleichmäßig über das Bundesland Brandenburg so zu verteilen, dass Mitglieder nicht regelmäßig durch ungünstige Anfahrtswege benachteiligt werden.

Dabei ist darauf zu achten, dass der Versammlungsort zumindest über einen Regionalbahnhof der während der Dauer des Parteitages +/- 1 Stunde bedient wird, einen Autobahnanschluss in maximal 25 km Entfernung verfügt, sowie eine für dauerhaftes Videostreaming geeignete Internetanbindung hat.

Berlin ist ebenfalls einzubeziehen. Hier ist darauf zu achten, dass der Versammlungsort zumindest über einen Regionalbahnhof nebst S- bzw. U-Bahn, die während der Dauer des Parteitages +/- 1 Stunde mit den notwendigen Anschlüssen bedient werden, einen Autobahnanschluss in maximal 5 km Entfernung verfügt, sowie eine für dauerhaftes Videostreaming geeignete Internetanbindung hat.

Antragsbegründung

Die Konzentration auf Potsdam als Veranstaltungsort benachteiligt alle Piraten, die nicht lange Anfahrwege haben und/oder eine ungünstige Verkehrsanbindung.

Ein Videostream dient der Teilhabe der Mitglieder, die keine Möglichkeit oder genügend Finanzmittel haben, um vor Ort teilzunehmen.

Diskussion:

Thomas Göde: Hatten wir so einen Beschluss nicht schon?

Antwort: War eine Selbstverpflichtung

Steffen: Der Teilhabebeauftragte hat auch ein Auge darauf, dass die Punkte der barrierefreiheit beachtet werden.

Katha: Antrag ist überflüssig. Dazu schränkt das ein wenn sich Voraussetzungen am Veranstaltungsort ändern.

Kai: Es ist nicht akzeptabel, wenn sieben Veranstaltungen hintereinander in 25 km Umkreis abgehalten werden bei unserem riesigen LV.

GeKa: Dafür, die ständigen Reisstrecken sind nicht zumutbar.

Thomas B: In letzter Zeit wurden definitiv zu viele Veranstaltungen in Potsdam und Umgebung. Problem mit Festschreibung der technischen Ausstattung. Was ist wenn zu wenige Bewerbungen kommen?

Kristos: Solche Vorgaben gibt es auch auf der Bundesebene, wenn nur eine Bewerbung kommt, geht es halt nicht anders.

Abstimmung:

> 50 % Nein

Abgelehnt

X008 Beitragsrechnungen erstellen

Wird zurückgezogen, da grad im Vorstand beschlossen

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, allen Mitgliedern rechtzeitig vor Fälligkeit eine Beitragsrechnung zuzusenden und fällige Beiträge regelmäßig, zumindest vierteljährlich anzumahnen.

Die Zustellung der Beitragsrechnung erfolgt vorzugsweise als ausdrückbarer Anhang mit allen notwendigen Zahlungsdaten, einem SEPA-Formular sowie einer Bitte um Spenden. Der Landesvorstand kann diese Aufgabe Dritten übertragen.

Antragsbegründung

Die Zahlungsmoral der Mitglieder ist unerfreulich. Allerdings werden Mitglieder auch nicht an die fällige Zahlung erinnert. In vielen Vereinen ist eine Beitragsrechnung üblich und gibt die gleichzeitig die Gelegenheit, mit dem Mitglied in Kontakt zu bleiben.

Es ist naiv anzunehmen, dass die Mehrheit der Mitglieder selbst an die Zahlungspflicht denken, sich die Kontoverbindung heraussuchen oder ein SEPA-Mandat erteilen.

Thomas L übernimmt die VL

X009 Informationsbrief erstellen

Wird zurückgezogen

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, selbst oder durch geeignete Beauftragung sicherzustellen, dass alle Mitglieder einmal im Vierteljahr einen Informationsbrief (Newsletter) über wichtige Entwicklungen im Landesverband Brandenburg, dessen Gliederungen, der Bundespartei oder den anderen Piratenparteien – vorzugsweise per E-Mail – erhalten.

Antragsbegründung

Um Mitglieder zur Mitarbeit zu bewegen, ist eine regelmäßige Kommunikation erforderlich. Diese muss aktiv von der Partei ausgehen

X010 Pseudonyme Mitgliedschaft

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Jedermann ist eine pseudonymisierte Mitgliedschaft in der Piratenpartei zu ermöglichen.

Der Landesverband Brandenburg setzt diese Forderung für bestehende oder neue Mitgliedschaften ab sofort um.

Antragsbegründung

Die geschlechtliche Identität ist Privatsache des Piraten, daher werden Piraten geschlechtsneutral als Mitglieder erfasst.

Ob ein Mitglied unter seinem bürgerlichen Namen oder Pseudonym (Künstlername) in der Piratenpartei ist, hat für die Verwaltung der Mitgliedschaft keine Bedeutung. Zur Kommunikation bedarf es lediglich einer intakten E-Mail-Adresse, für die das Mitglied verantwortlich ist.

Der Begriff „ladungsfähige Anschrift“ trifft für die Mitglieder nicht zu, da die Piratenpartei keine Behörde oder ordentliches Gericht ist.

Mitgliedsbeiträge sind im Voraus fällig und eventuelle Rückstände werden nicht beigetrieben, daher fehlt das notwendige berechnete Interesse.

Piraten leben das Selbstverständnis von Privatsphäre und informationeller Selbstbestimmung. Viele Piraten sind ohnehin nur unter ihrem Pseudonym bekannt, was bei Wahlen zu Ämtern immer wieder zur Verwirrung führt.

Möglichen Versuchen der Identitätstäuschung kann durch organisatorische Maßnahmen entgegen gewirkt werden. Im Übrigen ist eine Identitätstäuschung iSd. § 267 StGB strafbar.

Einer Satzungsänderung bedarf es nicht, da die pseudonymisierte Mitgliedschaft schon jetzt möglich ist.

Insbesondere, weil seit dem BPT 2016.1 eine Mitgliedschaft von allen Menschen ab 14 Jahren möglich ist, ist dieser Antrag wichtig.

Diskussion:

Simon: Personalausweis darf nicht verlangt werden, aber eine Ablehnung ohne Identifikation ist möglich. Eine Löschung dieser Information im Datenbestand wäre nicht sinnvoll, ist aber nicht klar im Antrag ob dies gemeint ist.

Bastian: Aufnahmeprozess muss so sein, dass klar ist mit wem man es zu tun hat.

Thomas B: Bezweifelt ob der LV dies entscheiden sollte, das gehört auf die Bundesebene. Befürchtet da durch Sockenpuppen.

Katha: Problem ist, dass bei anonymer Mitgliedschaft nicht geklärt ist wer für Vertretungsfunktionen, Mandate etc. verfügbar ist.

Steffen: Steht der Realname in der Datenbank oder nur das Pseudonym?

Antwort: Nur das Pseudonym.

Simon: Ist dann der offizielle Name nicht nachvollziehbar?

Bastian: Pseudonyme müssten nicht mal bei einer Aufstellungsversammlung aufgegeben werden, nur gegenüber dem Wahlleiter. In der normalen Mitgliederdatenbank wären die Pseudonyme nicht hinreichend sicher.

Thomas B: Weist noch mal auf das Risiko einer Manipulation hin. Antrag sollte überarbeitet werden.

Bastian: Überprüfungsmöglichkeiten gibt es ausreichend. Die Pseudonyme erlauben es Leuten ohne Nachstellungen Mitglieder zu sein.

Kristos übernimmt die VL

Abstimmung:

> 50 % Nein

Antrag wurde abgelehnt.

X011 Endgültigkeit von Protokollen

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die vorläufigen Protokolle der Landesparteitage 2013.2, 2014.1 und 2015.1 werden zu endgültigen Protokollen erklärt.

Antragsbegründung

Bislang liegen für die Landesparteitage 2013.2, 2014.1 und 2015. 1 keine endgültigen Protokolle vor.

Im Wiki befinden sich für 2013.2 eine Kopie vom Protokollpad,
<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2013.2/Protokoll>

für 2014.1 ein vorläufiges Protokoll

[https://wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:LPT14.1Protokoll\(vorl%C3%A4ufig\).pdf](https://wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:LPT14.1Protokoll(vorl%C3%A4ufig).pdf)

für 2015. 1 eine Kopie des Protokollpads

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2015.1/UrschriftProtokollTag1>

Widerspruch gegen die vorläufigen Fassungen im Wiki ist nicht bekannt. Der beendet der Beschluss die Widerspruchsfrist.

Diskussion:

Steffen: Kann das LPT das so machen?

Antwort: Ja

Abstimmung:

> 50% Ja

Antrag ist ist angenommen

X012 Rettet das Gläserne Mobil

Bastian stellt den Antrag vor

Antragsteller: Bastian

Einreichungsdatum: 9. Oktober 2016

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird angewiesen, den Gliederungen SV Potsdam und RV Dahme -Oder-Spree das Gläserne Mobil zu übergeben.

Antragsbegründung

Das Gläserne Mobil ist eines der wenigen Wertgegenstände im Landesverband. Seit 2014 kommt es quasi im Landesverband nicht mehr zum Einsatz und wird – wenn überhaupt – nur an andere Gliederungen außerhalb des Landesverbandes ausgeliehen. Man hat den Eindruck, dass der Landesvorstand froh ist, wenn es weg ist.

Schon im Vorfeld des LPT 2015.1 haben sich zwei Gliederungen bereit erklärt, das Gläserne Mobil zu übernehmen und dafür im Sinne des Landesverbandes zu sorgen, sogar den Kauf angeboten. Das Gläserne Mobil kann wertvolle Arbeit leisten und dies wurde bis Ende 2014 beweisen.

Diskussion:

Steffen: Liegt dazu schon die Zustimmung der RVs vor? Das wäre also eine direkte Übergabe an die RVs?

Antwort: Zwei mal ja.

Kai: Das GLM steht momentan im RV DOS und wurde einige male eingesetzt.

Thomas B: Die Vorwürfe gegen den LaVo bitte raus lassen, sonst OK.

17 Akkreditierte

Abstimmung:

> 50% Ja

Angenommen

TOP 6 Taskforce Wahlkampf (war verschoben worden)

Thomas B: Vorstand hat beschlossen den Wahlkampfbeauftragten auszuschreiben. Bewerbungen ausdrücklich erwünscht.

Oliver: Auf der letzten LaVo Sitzung wurde beschlossen die TF Wahlkampf wieder zu aktivieren. Er wird die Schnittstelle zum LaVo sein.

Harry: Ausschreibung durch den Vorstand ist sinnvoll.

TOP 12 Sonstiges

Keine Meldungen

TOP 13 Schließung der Sitzung

Thomas dankt den ganzen Helfern, AG Technik für technische Unterstützung, Kristos für die Versammlungsleitung, Frank für Akkreditierung, Ronny für Hilfe beim Catering und auch allen anderen die geholfen haben Dinge zu machen, zu transportieren und alles zum Funktionieren zu bringen.

Kristos Schließt die Versammlung um 21:10

Kristos Thingilouthis
Versammlungsleiter

Guido Körber
Protokollant

Thomas Bennühr
1. Vorsitzender

Oliver Mücke
2. Vorsitzender